

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 27.

Charlottenburg, Freitag, den 2. Juli 1920.

Jahrg. 47.

Gewerkschaftliches Denken.

Gibt es ein besonderes gewerkschaftliches Denken? Und wenn ein Denken gibt, das sich mit Fug und Recht gewerkschaftlich nennen kann, wie sieht dieses Denken aus, woran erkennen wir es? Diese Fragen sind nicht so einfach zu beantworten. Aber gerade deshalb, weil sie nicht leicht zu beantworten sind, muß sich der Verband, muß sich jeder Werber für den Verband, muß sich jedes einzelne Mitglied damit beschäftigen. Einige Anhaltspunkte sollen hier dafür gegeben werden.

Goethe läßt im „Faust“ den Direktor sprechen: Der Worte sind genug gewechselt, laßt mich auch endlich Taten sehen! Dieses gelagelte Wort wird häufig angewandt, wenn über eine Sache sehr viel und immer wieder geredet wird und wenn darauf nichts geschieht. Das soll soviel heißen, wie: Die Worte machen's nicht, sondern die Taten. Das ist in einem Sinne schon richtig: Vom Reden wird niemand satt, mit dem Reden erhält man keine Kleidung und keine Wohnung, vom Reden wird niemand glücklich. Das Reden mag den Redenden im Augenblick beglücken und die Hörer für einen Teil der Hörer im Augenblick der Rede; das Reden aber vergebens, wenn es keine größeren Wirkungen auslöst. Jede Rede soll eine bestimmte Wirkung haben, das Gewünschte oder Gewollte soll auch wirklich erreicht werden. Aber bei alledem müssen wir bedenken, daß es nicht nur auf Taten, sondern auf die Begeistertheit der Taten ankommt: An ihren Früchten sollt ihr sie kennen.

Also keine Scheinerfolge, keine eingebildeten, sondern wirkliche, dauerhafte Erfolge zu erzielen, soll das Streben der gewerkschaftlichen Rede sein. Dauerhafte Erfolge aber sind nur möglich, wenn das Denken im allgemeinen und das gewerkschaftliche im besonderen geschult und erprobt ist. Vor dem Sprechen kommt das Denken, ihm ist deshalb unsere besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Was falsch gedacht ist, wird falsch gesprochen, und was falsch gesprochen ist, kann keine gute oder zweckmäßige Wirkung haben. Es gibt viele Menschen, die flott und leicht sprechen können, aber es gibt sehr wenige, die sachlich richtig und dazu noch klar und verständlich reden können.

Häufig hört man: Mit den Massen muß man zu wirken suchen, unter uns stehen die Massen, wir werden schon zeigen, was wir erreichen imstande sind. In beiden Behauptungen ist etwas Wichtiges enthalten. Die große Zahl spielt eine Rolle, jeder Verband muß möglichst alle Angehörigen eines Berufszweiges in den Verband hineinzubekommen suchen. Die Geschlossenheit einer Gewerkschaft ist für die Erreichung ihrer Ziele außerordentlich wertvoll. Man kann sie gar nicht hoch genug anschlagen. Die Zahl allein macht es nicht! Es kommt dabei vor allem auf die Güte, die Festigkeit und Zuerlässigkeit der einzelnen Mitglieder an. Auf ihren Willen, ihren Charakter und ihre Verbandstreue. Auf die Schulung, Sachkenntnis und Tapferkeit kommt's auch im gewerkschaftlichen Leben an. Nicht auf den großen Mund. Weder das Vielversprechen, noch das Vielversprechen ist eine Kunst. Gewerkschaftliches Denken muß sich auf das Mögliche und das Erreichbare einstellen. Um dieses abzumessen oder beurteilen zu können, bedarf es allerdings vieler Kenntnisse: wirtschaftswissenschaftlicher, beruflicher und politischer. Stetige Fortbildung, ständiges Ringen mit den Verhältnissen, die erstrebt oder erkämpft werden müssen, ist ein unabdingbares Erfordernis gewerkschaftlicher Tätigkeit.

Unsere Überschrift will besagen: Denkt gewerkschaftlich! Danach gibt es auch ein Denken, das nicht gewerkschaftlich ist oder

genauer, es gibt Gewerkschaftler, die nicht gewerkschaftlich denken. Gerade die Erfahrungen der letzten Zeit lehren, daß manche, viele in die Gewerkschaft eingetreten sind, weil es eben nicht mehr anders ging. Weil sie eintreten mußten, um bei den großen Auseinandersetzungen mitvertreten zu werden. Mit ihrem Eintritt in die Gewerkschaft glauben sie alles das getan zu haben, was ein Mitglied der Gewerkschaft schuldig ist. Leute, die so denken, handeln dem gewerkschaftlichen Geist entgegen. Sie sollen aber hier weder beschuldigt noch angeklagt werden, denn die allermeisten davon werden nicht in böser Absicht ungewerkschaftlich denken, sondern aus Unkenntnis oder aus Unverständnis. Unser aller Aufgabe ist es, aus der Unkenntnis Kenntnis, aus dem Unverstandenen Verstandenes zu machen. An uns, den anderen, liegt es, den gewerkschaftlichen Geist zu hegen und zu pflegen. Seine Eigenheiten, seinen Sinn aufzuzeigen.

Gewerkschaftliches Denken ist Denken nach guten gewerkschaftlichen Anschauungen, es ist das Suchen nach den zweckmäßigsten Mitteln zur Erreichung gewerkschaftlicher Ziele. Ungewerkschaftliches Denken wäre: in dem Berufsgenossen den Konkurrenten zu sehen und ihn deshalb zu bekämpfen. Das ist das aller schlimmste in der Berufspolitik: der Kampf um den Brotkorb, den Berufsgenossen verdrängen und sich an seine Stelle setzen zu wollen. So entsteht der Kampf aller gegen alle, und alle verlieren oder nur einige wenige gewinnen dabei. Nicht Zersplitterung und Zersetzung, sondern Zusammenhalt und Einigkeit, um eben gerade dadurch etwas zu erreichen. Was lose im Wind flattert, das zerstreut der Wind in alle Himmelsgegenden, was unverbunden, uneinig ist, hat keine Dauer und keine Wirksamkeit.

Gewerkschaftliches Denken ist hingebendes Denken: Ich will das Wohl meines Berufskollegen; ich fühle mich glücklich, wenn ich ihm helfen, wenn ich ihn fördern kann. Wenn alle so denken, dann strömt das, was der eine dem anderen gibt, dem einen wieder von den anderen zu. Er gibt hin und empfängt. Aber das, was er empfängt, ist im allgemeinen viel mehr, als das, was er hingegeben hat. Denn die vielen können dem einen viel mehr geben, als der eine den vielen. Das entspricht einem Grundsatz der Seelenlehre: Zehn leisten in der Zusammenarbeit mehr als je 10 einzelne. Durch die Verbindung mehrerer Kräfte wird die einzelne Kraft mitgehoben, mitleistungsfähiger.

Gewerkschaftliches Denken ist besonders geistiger Kampf: mit sich selber, mit den außenstehenden, mit den innenstehenden lässigen Verbandskollegen. Geistiger Kampf heißt den zu gewinnenden Kollegen von der Zweckmäßigkeit und Güte der Gewerkschaft zu überzeugen. Es geht dabei einmal nicht anders, als daß jeder ein Stück des selbstfüchtigen „Ichs“ aufgibt, daß er sich nötigenfalls ein- und unterordnet. Denn ein Wirken, ein Erreichen ist nur durch Ordnung, durch planvolles, durchdachtes Vorgehen möglich. Manchem mag das etwas schwer fallen, wer aber einmal den Sinn dieser Ordnung erfaßt hat, der befürwortet sie, der vertritt sie innerhalb und außerhalb des Verbandes.

Im Wirtschaftskampf der Wirtschaftenden untereinander können nur die Ordnungen (das heißt letzten Endes Organisationen) etwas Brauchbares schaffen. Gewerkschaftliches Denken heißt daher: Los vom falschen Berufsdünkel, hin zum echten, wahren und beglückenden Berufsmenschen: Einer für alle, und alle für einen! („Vereins-Anz.“)

Die neuen Aufgaben der Gewerkschaften.

Der Genosse Silberschmidt, Mitglied des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, ein alter, erfahrener Praktiker im Gewerkschaftsleben, hielt auf dem Verbandstage des Verbandes der Steinarbeiter nachstehenden Vortrag. Der Vortrag erscheint uns im Hinblick auf die große Zahl neugewonnener Mitglieder in unserem Verbands, zum anderen auch im Hinblick auf die darin berührten Zeit- und Streitfragen wichtig genug, denselben unseren Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen. Die wenigen Hinweise auf den speziellen Beruf der Steinarbeiter ändern nichts an dem allgemein interessierenden Charakter des Vortrages.

Die Redaktion der „Ameise“.

Aus den Debatten klang der Grundton heraus, daß die Organisation bemüht ist, mit den realen Tatsachen zu rechnen und das Bestmögliche für die Kollegen herauszuholen. Im Prinzip sind sich alle Gewerkschaften darüber einig, daß es darauf ankommt, durch Stärkung der Produktion den wirtschaftlichen Interessen und damit den eigenen Interessen der Arbeiter zu dienen. Die Arbeit am Wiederaufbau des Wirtschaftslebens ist damit eine selbstverständliche Aufgabe der Gewerkschaften. Auf dieser Grundlage muß sich auch mein Referat über die neuen Aufgaben der Gewerkschaften bewegen. Unsere Aufgaben sind dahin zusammenzufassen, daß es gilt, mühevoll Erreichtes zu verteidigen und auszubauen; Begonnenes, im Werden Begriffenes zu vollenden und Unerfülltes, der Zukunft Vorbehaltenes, gut vorzubereiten und zur Reife zu führen. Darin sind eigentlich die alten und die neuen Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen umschlossen. Bisher standen im Mittelpunkt unserer Tätigkeit die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unseres Berufes. Die Zukunft steckt uns weitere Ziele: die wirtschaftliche und soziale Gleichstellung der Arbeiter mit allen anderen Gesellschaftsklassen! Dies Ziel kann natürlich nicht auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erreicht werden. Innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung können wir nur einen gewissen Bruchteil, ein Stück dieses Zieles erringen, dagegen wird die volle Verwirklichung der ökonomischen Gleichheit Aufgabe der Zeit sein, in der wir nicht mehr die kapitalistische, sondern die sozialistische Produktionsweise haben. Um diesen Gedanken zum Gemeingut der deutschen und der Arbeiter der Welt zu machen, hat die Exekutive des Internationalen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai dieses Jahres die Parole herausgegeben, zugunsten der Sozialisierung der Produktionsmittel in der ganzen Kulturwelt, soweit es gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gibt, eine allgemeine Aktion zu veranstalten. Wenn ich in diesem Zusammenhang daran erinnere, daß die erste große Aktion zur Erringung des Achthunderttages von einem Arbeiterparlament im Jahre 1889 in die Welt gesetzt wurde, so mutet es uns, die wir gegenwärtig unter uns das sehnlichste Verlangen und Streben sehen, die Sozialisierung der Produktionsmittel in die Wirklichkeit überzuführen, sonderbar an, daß jetzt erst in der Welt die Parole zur Propagierung des Gedankens der Sozialisierung der Produktionsmittel herausgegeben wird. Das ist für uns ein schmerzliches Empfinden. Jedenfalls müssen wir uns sagen, daß wir durch die Umstände, in denen wir leben, den anderen etwas vorausgeeilt sind, und daß das, was in der übrigen Kulturwelt erst als Propaganda- und Aktionsprogramm herausgegeben wird, bei uns in den Mittelpunkt der erreichbaren Ziele gestellt wird. Soll überhaupt unsere Revolution vom Nov. 1918 einen tieferen Sinn haben, dann darf sie sich nicht darin erschöpfen, daß die politische Gleichstellung der Arbeiter erreicht worden ist. Der politische Umschwung im November kann und darf nur der Anfang der Revolution sein. Die Erringung der politischen Macht ist doch nicht das Ziel der Revolution, sondern nur das Mittel zur weiteren Durchführung unserer eigentlichen Aufgaben. Die politische Freiheit ist zwar viel wert, aber von der wirtschaftlichen Misere können wir uns nur befreien, wenn wir sie als Instrument zur wirtschaftlichen Befreiung benutzen. Was uns vorschwebt, wird erst die sozialistische Produktionsweise in vollem Umfange bringen. Die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen muß es sein, die Vorbereitung der Sozialisierung der Produktionsmittel zu fördern, das heißt die Herzen und Köpfe der Arbeiter zu revolutionieren. Alle Gewerkschaftsmitglieder müssen diesem Gedanken zu erfüllen, das ist eigentlich der tiefere Sinn der Revolution. Wie ungleich die revolutionäre Kraft unserer Gedanken auf die einzelnen Schichten unserer Berufsgruppen wirkt, wie ungleiche Resultate sie zeitigen, brauche ich auf dieser Tagung nicht zu betonen. Sie ist von Arbeitern zum Teil aus der Mitte des politischen Lebens, und von Arbeitern, die draußen im Lande abgeschlossen vom politischen Leben stehen, deren Umwelt ganz anders auf sie einwirkt, nicht zu vergleichen. Wir wissen, daß der Mensch nach unserer sozialistischen Überzeugung beeinflusst wird durch die Umwelt und was ihn

umgibt, auf seine Seele und seine Gedankenwelt einwirkt, seiner Umwelt die Gedanken erhält und zu Handlungen ge- und genötigt wird. So läßt es die verschiedenartige Umwelt der verschiedenen Berufsangehörigen leben, erklärlich erscheinen, daß ihre Entwicklung nicht gleichmäßig nach Wunsch vor sich geht. Unsere Gewerkschaftsmitglieder stehen also in diesem großen Kampf sich gegenseitig nicht mit gleichen Mitteln gegenüber. Die Revolution über die politische Gleichberechtigung, die alle Beteiligten zuteil wird, hinaus für alle gleichmäßige Folgen zu so müssen wir uns bemühen, den Weg einzuhalten, auf dem am weitesten Vorgesrittenen auch die übrigen mitbestimmen können, müssen wir uns Mühe geben, die Gewerkschaftsangehörigen aus den weniger aufgeklärten Gegenden zu uns heranzuziehen mit uns gemeinsam vorwärtszudrängen, nicht etwa, daß wir herniederziehen lassen. Nicht niederdrücken, sondern aufziehen, das muß der Gedanke der Agitation sein. Wird die Agitation wirklich schwungvoll und kraftvoll betrieben, dann wird nicht begleitet sein von Äußerungen der Verachtung, der Werterschätzung, sondern muß begleitet sein von dem Gefühl der Brüderlichkeit, der Liebe und, wenn es not tut, des Erbarmens und der Einsicht in die Verhältnisse, in denen die anderen leben. Dann wird man nicht verlegend, nicht abstoßend wirken, sondern wird erheben und zu sich hinaufziehen können! Dies ist eines der wesentlichsten Geheimnisse unserer Agitations- und Organisationsarbeit.

Mit der politischen Befreiung der Arbeiter von der Ungleichheit bei dieser Revolution kann es nicht sein. Wenn es sonst Unterschiede und nichts in dieser Revolution von allen hergehenden bürgerlichen Revolutionen. Auch diese beseitigt politische Ungleichheiten, ließen aber ökonomische Ungleichheiten stehen, sie brachten eigentlich nur Änderungen in der Staatsfassung und ließen das Wesen unberührt. Letzteres ist die ökonomie, die Wirtschaft. Der hat die Macht, der über die ökonomischen Mittel unbeschränkt verfügt. Es kommt darauf an, daß in der Lage sind, an die Stelle der kapitalistischen Produktionsgenossenschaftliche zu setzen, die nicht mehr die persönliche Vererbung der Privateigentümer nach sich zieht, sondern die untermen wird, um genossenschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen also nicht unternommen wird des Profits einzelner wegen, sondern um die Kulturbedürfnisse der Menschheit zu befriedigen. Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich ohne weiteres, daß die Linie um Handelns als gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sich auf vorgezeichneten Bahn zu bewegen hat. Wenn wir auch unter den Berufsangehörigen, die erst zum Verständnis für die Organisation erweckt werden sollen, nicht vorschreiben können, ehe sie zu kommen, dieser unserer Weltanschauung huldigen müssen, auch wenn wir ihre Aufnahme in die Organisation nicht abhängig machen von ihrer politischen oder religiösen Überzeugung, sondern von ihrer Berufszugehörigkeit, so muß doch der Gedanke, der Organisation erfüllt, von dem Geiste durchweht sein, den ich zeichnet habe, und jeder vernünftige Denkende wird diesen Geist den richtigen erkennen lernen. Ich habe diesen Gedanken am Beginn meines Vortrags hervorgehoben, um daran zu zeigen, jetzt nach der Revolution diese Art der Gedankenrichtung mit Vordergrund unserer Handlungen zu stehen hat. Was uns am meisten interessiert, ist die Frage: Wie kommen wir den Problemen der Gegenwart am nächsten? Ich glaube, daß wir über die Zeit der Schlagworte, wo man glaubte, durch Volksversammlungen beschlüsse sozialisieren zu können, herausgewachsen sind und in den Köpfen die Überzeugung zu dämmern beginnt, daß das große Ziel der Sozialisierung nicht mit allgemeinem Gerede zur Durchführung zu bringen ist, sondern eine Frage von außerordentlich tiefer Bedeutung ist, die in jedem einzelnen Falle der Prüfung bedarf. Die Sozialisierung der deutschen Wirtschaft soll abhängig gemacht werden von dem Zweck und dem Ziel, was sie verfolgt. Das bedeutet, daß die heute ziemlich in Verwirrung geratene, ja wir sagen: am Abgrund stehende deutsche Wirtschaft der Sozialisierung nur in den Zweigen durchgeführt werden kann, wo im gegenwärtigen Augenblick nicht ihre völlige Vernichtung oder eine irrationelle Betriebsweise entsteht. Es kann also diese Revolution der Produktion nur stückweise nach eingehendem Studium durchgeführt werden.

Sie sehen, daß auch neue die Sozialisierungskommission, sammengesetzt in ihrer großen Mehrheit aus Sozialisten beider Parteien, eifrig bemüht ist, zu versuchen, die Gebiete festzustellen, ohne Gefahr und ohne Zugrunderichtung unseres gegenwärtigen Wirtschaftslebens die Sozialisierung einsetzen kann. Was dazu gehört, ist kurz in ihrem Statut im einleitenden Satz zum Ausdruck gebracht, indem es dort heißt: „Die Sozialisierung der deutschen Republik, soweit sie wirtschaftliche und soziale Vorteile bringt, soll diese Vorteile nicht bringt, ist sie selbstverständlich“

in Zweck, der erreicht werden soll, unreif. Um das zu prüfen, da-
gehören die eingehendsten wirtschaftlichen und technischen Kennt-
nisse. Der neue sozialisierte Betrieb muß auf dem Weltmarkt
konkurrenzfähig bleiben können. Es muß weiter genau die Frage
geprüft werden, ob die sozialisierte deutsche Industrie als sozia-
listische Oase in dem großen brausenden Meer der kapitalistischen
Weltwirtschaft sich auch erhalten kann oder ob es ihr so gehen
wird, wie es uns schon oft mit Genossenschaften gegangen ist,
wenn sie nach sozialistischen Grundsätzen arbeiten wollten, entweder
nicht konkurrenzfähig blieben und zugrunde gehen mußten oder in
der Regel den anderen Weg, zu unser aller Bedauern, gewählt ha-
ben, aus genossenschaftlichen Betrieben zu einem neuen kapitalisti-
schen Betrieb zu werden. Das ist doch der Entwicklungsgang
eher mit großen Hoffnungen auf das Meer der Zukunft hinaus-
wandelnden Genossenschaften gewesen. Gerade in dieser Zeit, wo
wir eine völlig zerrüttete deutsche Wirtschaft vor uns haben, bedarf
es gründlichen Studiums, um zu vermeiden, daß die Soziali-
sierung eines Betriebes, einer Industrie dem Allgemeinwohl nicht
im Nachteil gereicht. Wir führen im gegenwärtigen Augenblick
den lebhaften Kampf um die Sozialisierung der deutschen Berg-
werke. An sich sind die Bergwerke reif zur Sozialisierung, aber
andererseits besteht bei denen, die die Frage untersuchen, und denen
er großes Vertrauen entgegenbringen, die durchaus nicht ungeteilte
Meinung, ob jetzt der rechte Augenblick ist. Wir stehen hier vor
der Schwierigkeit, mit der in der Vergangenheit nicht zu rechnen
war und die bei einem siegreichen Ende des Krieges auch nicht in
der Erscheinung getreten wäre. Der Friedensvertrag
legt uns große Verpflichtungen auf, die wir
anz zu erfüllen nicht imstande sind!

Jede Äußerung seitens des deutschen Volkes oder der deut-
schen Politik wird von den siegreichen Regierungen dahin aufge-
faßt, daß böswillige Verweigerung der Erfüllung des Friedens-
trates der Grund sei. Die Maßnahmen, die fortwährend da-
gegen ergriffen werden, gehen darauf hinaus, sich aller Staats-
rechte zu bemächtigen, und schließlich geht auch das Sehnen auf die
Erfüllung wertvoller Privatunternehmungen hinaus! Man be-
achtet nun, daß eine Sozialisierung der Bergwerke, die heute im
Privatbesitz sind, eine Erleichterung des Zugriffs für das Aus-
land nach sich ziehen würde. Außerdem steht zu erwarten, daß,
während uns große Teile der deutschen Kohlenfelder verloren ge-
hen, auf dem eng begrenzten Gebiet, in dem neue Kohlen-
funde möglich sind, erhebliche neue Kohlenkräfte niederge-
bracht werden müssen, um die großen Bedürfnisse zu befriedigen,
die das Land hat: die Bedürfnisse des Hausbrands und der In-
dustrie, die Bedürfnisse von 21 Millionen Tonnen Kohlen als
Schadigung an das Ausland und der großen Menge Kohlen,
die wir als Goldwert auf dem Weltmarkt zum Eintausch jener
Metalle, die wir nicht selbst besitzen, aber notwendig brauchen, wie
Lebensmittel und Rohprodukte. Die Niederbringung jener
Kräfte ist aber mit dem deutschen Kapital gar nicht denkbar. Es
ist bei uns nicht mehr vorhanden und muß von dort herbeigeschafft
werden, wo es noch vorhanden ist; jene Kreise und Länder, die
es dieses Kapital zur Verfügung stellen könnten, sind politisch und
ökonomisch nicht so gerichtet wie wir, die sozialisieren wollen. Einem
sozialisierten Betrieb auch nicht das Vertrauen entgegenbringen, daß
er billiger, rationeller und vorteilhafter für die Allgemeinheit ar-
beitet, sie würden sagen, zu einem solchen, in den Wolken schweben-
den, von keinem erweisbaren Erfolg begleiteten Unternehmen
haben wir unsere Mittel nicht her. Sie werden es auch aus Prinzip
nicht tun, denn würde mit ihren kapitalistischen Mitteln in Deutsch-
land eine sozialistische Betriebsweise sich als durchführbar erweisen,
würde das natürlich mit ihrem Gelde eine Propaganda zur Ab-
schaffung ihres eigenen Privateigentums sein. Es ist vom kapi-
talistischen Standpunkt durchaus zu erklären, daß diese Finan-
zierung von ihnen nicht zu erwarten ist. Also, so gut und ernsthaft
der Wille der Sozialisierungskommission sein mag, die von den
Gewerkschaften am 20. März gestellte Forderung unmittelbar in die
Praxis umzusetzen, so ergeben sich doch eine Reihe von Schwierig-
keiten. Ich führe dies Beispiel nur an, um zu zeigen, daß bei der
Sozialisierung genau zu studieren ist, ob in dem einzelnen Fall die
Voraussetzungen gegeben sind, und daß dabei eine Reihe Gedanken-
gänge und positive Tatsachen in die Erscheinung treten, über die
wir uns nur selten Gedanken machen.

(Fortsetzung folgt.)

Der Reichskohlenverband auf dem Holzwege.

Von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes
Berlin-Schöneberg.

In einem Artikel „Muß die Kohle so teuer sein?“ habe ich
am 3. März festgestellt: Der Preis für die Tonne Ruhrkohlen
stieg vor dem Kriege 12 M., gegenwärtig (ohne Zuschüsse und

Steuern) 165 M.; die Arbeitslöhne pro geförberte Tonne sind von
6,20 M. auf etwa 66 M. gestiegen, die sonstigen Selbstkosten von
4,60 M. auf höchstens 60 M., die Unternehmergewinne von 1,20
Mark auf mindestens 39 M.; der Arbeitslohn ist also auf etwa
das 11fache, der Unternehmergewinn auf mindestens das 32fache
gestiegen; Arbeitslohn und Unternehmergewinn verhalten sich nicht
mehr wie 5 : 1, sondern wie 5 : 3.

Dieser Artikel ist in zahlreichen Blättern aller Parteirich-
tungen, teils ohne Kommentar, teils zustimmend abgedruckt worden,
z. B. in Berlin von der „Berliner Volkszeitung“ und der „Frei-
heit“, in Leipzig von der „Leipziger Zeitung“ und der „Leipziger
Volkszeitung“ usw. Eine öffentliche Entgegnung habe ich nicht
gesehen. Die Zeichenbesitzer haben einen anderen Weg vorgezogen
und durch den Reichskohlenverband das folgende Schreiben an —
die Sozialisierungskommission geschickt:

Reichskohlenverband.
Tagebuch-Nr. 4. 6. 20

Berlin W. 6, den 1. Juni 1920.
Wichmannstr. 19.

An die

Sozialisierungskommission

Berlin

Reichswirtschaftsministerium.

In Nr. 198 der „Freiheit“ vom 29. Mai 1920 befindet sich
ein Artikel von Dr. R. Kuczynski mit der Überschrift „Muß die
Kohle so teuer sein?“ Zweck dieses Artikels ist, rechnerisch nachzu-
weisen, daß der Unternehmergewinn im Kohlenbergbau, bezogen
auf die Tonne Absatz, in den letzten Monaten weit stärker gestiegen
sei als der Arbeitslohn. Grundlage dieser Berechnung ist die Be-
hauptung:

„Heute beträgt der Arbeitslohn für die Tonne etwa 66 M.“

Diese Behauptung ist falsch. In den Monaten April und
Mai hat im Ruhrrevier, auf das sich Herr Dr. R. bezieht, der Ar-
beitslohn je Schicht bei den verschiedenen Arbeiterkategorien zwi-
schen 40 und 50 M. betragen. Der Absatz je Kopf und Schicht
betrug nach den letzten Ermittlungen im Durchschnitt etwa 0,5
Tonnen. Auf die Tonne Absatz entfielen also durchschnittlich
etwa 90 M. Lohnkosten, d. h. 36 Proz. mehr als Herr Dr. R. be-
hauptet. Seine Berechnungen und Folgerungen sind somit un-
haltbar.

Wir halten uns für verpflichtet, die Sozialisierungskommis-
sion auf diesen Fehler des Herrn Dr. R. aufmerksam zu machen.
Nicht, weil es der einzige Fehler in seinem Artikel ist, noch weil
es die einzige in der Öffentlichkeit erhobene unzutreffende Behaup-
tung über die Kohlenpreisbildung ist, noch auch, weil sie diesmal
von einem beamteten Statistiker ausgeht, vielmehr nur deshalb,
weil sie von einem Mitgliede der Sozialisierungskommission, dieser
gesetzlich zur wissenschaftlichen Vorbereitung der Neuordnung der
Wirtschaft berufenen Körperschaft, herrührt, obwohl dieses Mitglied
nachweislich zugegen war, als in der Sozialisierungskommission
Kohlenfachverständige auch in dieser Frage vernommen wurden
und die anwesenden Bergarbeitervertreter selbst die vorgenannten
Durchschnittslohnkosten von 40 bis 50 M. je Schicht, also rund
90 M. je Tonne Absatz, angaben.

Abchrift dieses Schreibens haben wir dem Herrn Reichs-
wirtschaftsminister, dem Herrn Reichsarbeitsminister und dem
Herrn Staatssekretär in der Reichskanzlei zugehen lassen.

Reichskohlenverband.

gez.: Stuk.

Reil.

Die Sozialisierungskommission mußte es schon im Hinblick
auf den anmaßenden Ton dieses Schreibens ablehnen, näher dar-
auf einzugehen, ganz abgesehen davon, daß es nicht ihre Aufgabe
ist, zu einem beliebigen Artikel eines ihrer 25 Mitglieder zustim-
mend oder ablehnend Stellung zu nehmen. Ich selbst muß es
mir aus Raumrücksichten versagen, bei der formalen Seite der
Angelegenheit länger zu verweilen und will es einem
Satiriker überlassen, eine Situation näher auszumalen,
deren Komik darin liegt, daß der Reichskohlenkommissar
Stuk, der in der großen Öffentlichkeit als der Mann gilt, der, wie
kein zweiter, die Interessen der Kohlenverbraucher zu vertreten hat,
in seinem, nur Eingeweihten bekannten, Nebenberuf als Vorsitzen-
der des Vorstands des Reichskohlenverbandes (lies: Geschäftsstelle
der Syndikate) sich — bloß weil ich die Möglichkeit einer Kohlen-
preisermäßigung bewiesen habe — „für verpflichtet hält“, mich der
Sozialisierungskommission als einen Menschen anzuzeigen, der
fahrlässig oder eigentlich wider besseres Wissen falsche Behauptun-
gen aufstellt und diese Anzeige „dem Herrn Reichswirtschafts-
minister, dem Herrn Reichsarbeitsminister und dem Herrn Staats-
sekretär in der Reichskanzlei“ (warum wohl auch dem?) zugehen
läßt.

Zur Sache selbst habe ich zu bemerken: Der Reichskohlenver-
band bestreitet etwas, was ich nie behauptet habe. Er verwechselt

Lohn für eine geförderte Tonne und Lohn für eine abgefezte Tonne. Diese Verwechslung ist um so erstaunlicher, als die Frage, ob der Lohn pro geförderte Tonne oder pro abgefezte Tonne berechnet werden soll, gerade in den letzten Monaten einen so breiten Raum in den Verhandlungen zwischen Reichskohlenverband und Reichswirtschaftsministerium und auch bei der Vernehmung der Zechenvertreter durch die Sozialisierungskommission eingenommen hat. Nun kann es für den wunschlosen Betrachter gar keinem Zweifel unterliegen, daß nur die Berechnung des Lohnes pro geförderte Tonne zu brauchbaren Ergebnissen führt, da es für die Lohnstatistik unerheblich ist, wieviel von den Zechen selbst verbraucht, wieviel auf den Halben geblieben ist usw. Den gleichen Standpunkt hat die amtliche Statistik von jeher eingenommen, und bis vor kurzem haben auch die Zechenvertreter keinen anderen Maßstab als die geförderte Tonne anerkannt. Selbstverständlich ist es aber für das Verhältnis von Arbeitslohn und Unternehmergewinn gleichgültig, ob man die geförderte oder die abgefezte Tonne zugrunde legt.

Der Reichskohlenverband gehe daher nicht länger um den heißen Brei herum, sondern beantworte ehrlich die beiden folgenden Fragen:

1. Ist es wahr, daß der Arbeitslohn pro geförderte Tonne Ruhrkohlen im April/Mai 1920 etwa 66 M. betrug?
2. Ist es wahr, daß sich Arbeitslohn und Unternehmergewinn im Ruhrkohlenbergbau im April/Mai 1920 wie 5 : 3 verhielten?

Die Geburt der „Ameise“.

Die Geburt der — Venus soll recht romantisch gewesen sein . . . Altmeister Arnold Böcklin offenbart sie uns in einem seiner Meisterwerke in ganz delikater Darstellung. Die Geburt der „Ameise“, unserer lieben, alten Porzellanzeitung, ist natürlich realistisch und ganz anders geartet. Sie unseren Kollegen lesenswert vor Augen zu führen, sei heute mal meine Aufgabe. Sie Bildersprache — hie Prosa. Zuweilen mög' es unsere Freunde im Verband auch mal interessieren, auf welche Art denn so unsere Gewerkschaftszeitung das Licht dieser „schönen“ Welt erblickt.

Darf ich im Charlottenb. Volkshaus freundlichst einladen zu einem schnell orientierenden Blick ins Allerheiligste: ins Redaktionszimmer? Bitte sehr! Man wird konstatieren, es mutet recht schlicht, fast schmucklos an. Bureautyp. Ein Glaschrank mit bunten Bücherrücken, an den Wänden ein paar fast vergilbte, gerahmte Porträts, ein Gruppenbild einer Generalversammlung, das ist vielleicht das Fesselndste. Dazu Kalender und sonstiger Kleinram der „Fieberfuchser“ und die äußere Seele: zwei Schreibpulte. (An dem einen sitzt just Kollege Schneider, den Aneiser auf der Nasenspitze und in den neuen Leitartikel vertieft.) In der Mitte aber ein großer „grüner“ Tisch, auf den alltäglich eine reiche Gewerkschafts- und Zeitungspost herniederflattert. Schnell erwähnt sei noch das anstoßende geräumige Kassenzimmer, in dem Kollege Herden unermüdlich mit Zahlen und Postanweisungen in peinlich genauer Verbindung steht. —

Ein bißchen später stampfen wir los. Kollege Schneider und ich, nachdem der Schriftleiter noch schnell ein paar Manuskriptblätter in den riesigen Taschen seines unerfättlichen Journalistenmantels verzaubert hatte. Bestiegen die altmodische, sich augenblicklich verjüngende Berliner Straßenbahn und rudelten plaudernd ins „Proletenviertel“. Hochnäsige und naive Spießer nennen so die Arbeitergegenden Berlins, in die sie nur reinfahren, wenn's unbedingt nötig ist. Am operettenhaft berühmten Landwehrkanal stiegen wir aus und verschwanden in dem großen „Industriepalast“, der Auge und Ohr seinen Zweck sofort offeriert. Dide Papierrollen auf dem Hofe entbieten den ersten Gruß von den Männern der schwarzen Kunst. Der zweite deutlichere Gruß geht durch die Nase. Es riecht selbstverständlich wunderbar nach allerbesten Druckerfärbung.

Und nun: „Los geht's!“ wie im Stet . . .

Die Geburt der „Ameise“ — hier ohne Schmerzen, nur der Schriftleiter soll . . . (Leser welche haben . . .)

Folge mir — der Vater und Verbandskollege, in Gedanken durch ein paar Eile nur Maschinenspektakel und rastlosen Arbeiterhänden und beginne unsere Besichtigung zunächst bei dem bebrillten Mann in der „Zugabe“, der Gekochmaschine. Hülllings von ihm, auf dem Fenster — liegt ein abgegriffener blauer Umschlag. Auf dem Stillest liegt da groß gedruckt „Die Ameise“. Er dient als Manuskriptmappe. Ihm entnimmt der Seher den (handschriftlichen) Leitartikel, den der Schriftleiter zusammengestellt hat. Nehmen wir an, er setzt jetzt den Versammlungsbericht von Kollege . . . Legt also das Manuskript vor sich auf einen Hocker an der

Maschine und — tippt! Tippt an der großen Linotype ebenso und grazios wie ein kleines niedliches Tippfräulein . . . Das Umschlagen der Tasten, auf denen Buchstaben, Zeichen, Zahlen verzeichnet sind, werden die Gießformen der Buchstaben gelöst, einer Sammelvorrichtung zugeführt und in dieser zur Gießerei gereiht. So tippt der Seher Buchstaben für Buchstaben; plötz ein Klappern und Metallklirren, ein paar Handgriffe haben Maschine eine volle Bleizeile gießen lassen. Und so reißt sich einem Rahmen Zeile auf Zeile. Die Dinger ansetzt „Metteur“. Er gehört auch zu den Konglomeraten von Kopf-Handarbeiter. Beweis: Die geistige Arbeit des sinnvollen Lesers der negativen Bleischrift verwandelt er unmittelbar in eine mechanische Arbeit, indem er Zeile für Zeile zur Spalte zusammenbringt und zum Schluß die ganze „Ameise“ in Seiten setzt. So eine, erwähnt, negative Seite der „Ameise“ (die Spalten hier auch durch Rahmen festgehalten) bekommt der Mann in der Stereotypie, nun feste, aber auch gewölbte Druckplatten herstellt. Und weil seinem Arbeitsraum ein großer Bleisofen steht, so riecht's hier nach besagtem Metall. Der technische Vorgang ist ohne Illustration den Lesern vielleicht etwas kompliziert. Trotzdem glaube ich verständlich zu sein, wenn ich berichte, daß nun von der obig erwähnten „Ameisen“-Seite mit der Klappbürste eine „Mater“ hergestellt wird. d. h. auf die vom Metteur gelieferte Seite wird eine durch Bindende, papiermachéartige, dünne Platte geklopft, die „Mater“, die, abgenommen, nun eine objektive Seite der „Ameise“ gibt. Sie läßt sich biegen, diese „Mater“, denn sie ist ja dünn und wird also in eine große Gießform gebracht, die der „Mater“ die Wölbung eines Viertels gibt. Wieder schießt Blei in die Form, und wieder begegnet uns, später aus der Form genommen die vom Metteur zusammengesetzte „Ameisen“-Seite, nur eben gebogen in einem Guß und fertig, um auf die Druckwalze gebracht zu werden. Viermal gießt der Stereotypenur solche Platten, beschneidet sauber die Ranten und schraubt sie nun um die Walze, die jetzt eine regelrechte Druckerwalze ist. Weil aber die „Ameise“ 8seitig erscheint, werden zwei solcher Walzen, auch Rollen genannt, hergestellt. Von ihnen rollt dann die ganze Auflage, zurzeit 5300 Stück. Besagte Druckwalze bezw. -rolle montiert nun der Maschinenmeister (nach einer Tabelle Flug berechnet) in die große eigentliche Druckmaschine, eine variable Rollenmaschine für 8 Seiten Tagesformat. Ein kleines Meisterwerk menschlicher Schöpfkraft. Der Maschinenmeister ist — wie alle Buchdruckerkollegen, die wir besuchten — ein freundlicher Mann und hält uns ebenfalls einen kleinen Vortrag über die Konstruktion seiner Maschine. Da wir man gar vielerlei über die Aufgaben des „Fälschmessers“, des „Schlagfahrs“, der 6 Farbwalzen, die Auftragwalzen für die Druckerfärbung sind, usw. Aber das geht wohl zu weit, lieber Kollege. Ich sah zuletzt ziemlich hilflos in dies Getöse und Gestampfe und war wohl mit am meisten über den kleinen Zähler der Maschine erfreut, der Nummer für Nummer genau verbucht und kundgibt, daß die Maschine in einer Stunde einen Stoß von 500 „Ameisen“ spuckt. Troden, geschnitten und gebogen, also fertig speit die Maschine „Ameise“ für „Ameise“. Es „flutet“ im wahrsten Sinne des Wortes. Und eine fleißige, geburtsfreundliche Mutter ist diese Maschine. Allwöchentlich bringt sie mehr neue wie Drillinge zur Welt. Ich nenne neben der „Ameise“ den „Glückarbeiter“, den „Gastwirtsgehilfen“, den „Fleischer“ u. a. Daß sie ist sie auch Friedensware, 1912 in der Rheinpfalz gebaut. Neben Del und Farbe verschlingt sie besonders gern Papier. In eine Auflage der „Ameise“ 6 Papierrollen, macht 1000 Kilogramm Gewicht. Dafür beschert sie uns in schnellster Zeit regelmäßig sauber gedruckt, unser Verbandsorgan. — In der Expedition aber regen sich eilige Frauenhände, verpacken und adressieren die Pakete für die Zahlstellen, und so wandert die neugeborene „Ameise“ über Schienenstränge auf den Frühstückstisch unserer Porzellanwerkstätten.

Wunderlicher Wandel . . .

Als ich wieder in der Straßenbahn saß und die neue „Ameise“ durchlas, fiel mir nach all dem bunten Geschehen ein stark ernüchternder Ausspruch Friedrich Engels' ein, da ich fragte: „Warum das?“ Und von Engels' sachlichen, nackten Worten spann ich meine Gedanken über diese „Ameise“ weiter durch die Wirtschaft, getriebe bis zum Unternehmer, und das Blatt erschien mir wertvoller denn je. Aber was sagte Engels?

„Das Verhältnis des Fabrikanten zum Arbeiter ist menschliches, sondern ein rein ökonomisches. Der Fabrikant hat das „Kapital“, der Arbeiter ist die „Arbeit“. Und wenn der Arbeiter sich nicht in diese Abstraktion hineinzwingen lassen will, wenn er behauptet, daß er nicht „die Arbeit“, sondern ein Mensch ist, der allerdings unter anderem auch die Eigenschaft des Arbeiters hat; wenn er sich einfallen läßt, zu glauben, er brauche sich

„die Arbeit“, als Ware im Markte verkaufen und kaufen zu lassen, so steht dem Bourgeois der Verstand still. Er kann nicht begreifen, daß er mit den Arbeitern noch in einem anderen Verhältnis, als in dem des Kaufs und Verkaufs steht.“

Und was bedeutet uns unsere „Ameise“ im Verhältnis zu diesen klassischen Worten? Nun, sie gemahnt, daß alle unentwegt mitarbeiten und lernen müssen, und nie den Ausdruck aufrecht zum gesunden Leben, Recht auf Achtung erlahmen dürfen. Dafür einzutreten, muß uns unsere „Ameise“ stets hoch und teuer sein und auch jeder starkköpfige Unternehmer, der sie nicht (und das tut er), mög' dieser Kampfaufgabe und diesen Worten Engels' eingedenk sein. Und ist er ein schlauer Kopf, so mög' er trotz dem alten Engels beweisen, daß sein Wort für das zwanzigste Jahrhundert nicht mehr gilt, denn die Zeit spricht nun einmal elementar für uns!

S. N—w.

Aus unserem Berufe.

Magdeburg. Fortwährende Lohnstreitigkeiten mit der Firma Lepa & Trinte veranlassen uns, jede Kollegin und jeden Kollegen vor Arbeitsannahme bei der Firma zu warnen. Wenn sich die Firma dazu bequemen sollte, uns die schriftliche Erklärung zu geben, daß sie unseren Tarif anerkennt, werden wir dieses mit Genehmigung der Öffentlichkeit bekannt geben. Auf Versprechungen können wir uns nicht mehr einlassen. Also Zuzug fernhalten.

Die Verwaltung der Zahlstelle Magdeburg.

Gewerkschaftliches.

Betriebsräte und Gewerkschaften.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschloß in seiner Sitzung vom 15. Juni, am 5. Juli d. J. eine Reichskonferenz von Vertretern der Agitationskommissionen nach Berlin zu berufen, um zu der gewerkschaftlichen Zusammenfassung der Betriebsräte Stellung zu nehmen. In dieser Reichskonferenz soll auch über die Abhaltung von Bezirkskonferenzen in allen Agitationsbezirken und über die Einberufung eines gewerkschaftlichen Betriebsrätekongresses, sowie über die weiteren erforderlichen Maßnahmen entschieden werden.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in Polen.

Vom 14. bis 16. Mai tagte in Warschau der Kongreß der freien Gewerkschaften Polens. Als erster allgemeiner Gewerkschaftskongreß hatte er über Richtlinien, Zentralisation und Organisationsform der polnischen freien Gewerkschaftsbewegung zu bestimmen. Der Kongreß hatte schwierige Aufgaben zu bewältigen, da in Polen noch alles im Werden begriffen ist. Es traten taktische Anschauungen zutage, die sich von denen der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung merklich unterscheiden, doch wurde im allgemeinen anerkannt, daß die Gewerkschaften sich jeder Utopisterei zu enthalten und sich hinsichtlich der proletarischen Daseinsbedingungen auf den Boden der Tatsachen zu stellen haben. In dieser Richtung bewegen sich auch die Beschlüsse und Resolutionen. Die Kommunisten versuchten, dem Kongreß ihren negierenden Standpunkt in gewerkschaftlicher Beziehung aufzudrängen, was ihnen indessen nicht gelang. Ihr kommunistisches Gewerkschaftsprogramm fand nicht die Billigung der Delegierten, desgleichen wurde ihre Kandidatenliste zur Zentralkommission mit großer Stimmenmehrheit verworfen. Die sogenannten Scheidemannverbände in Preußisch-Polen wurden vom Kongreß vorläufig anerkannt, bis die Zentralkommission diese Angelegenheit an Ort und Stelle untersucht haben wird. Dann sollen diese Verbände, also die deutschen freien Gewerkschaften, der Zentralkommission in Warschau angegliedert werden, denn zwei Richtungen innerhalb der freien Gewerkschaftsbewegung könnten nur die notwendige Einigkeit des Proletariats fördern.

Bemerkenswert ist die Feststellung, daß der Kommunismus in Polen immer mehr an Anhängern verliert. Die früher indifferenten Massen sind ihm scharenweise zugeströmt, jetzt aber, wo sich die auf ihn gesetzten Hoffnungen nicht verwirklicht haben, schwenken sie wieder ab und schließen sich den gelb-nationalistischen Organisationen an. Sie haben den Sozialismus nach wie vor nicht begriffen, und gleichen darin den deutschen Kommunisten, die sich auch meist aus ehemals gelben und indifferenten Elementen zusammensetzen. Im Kohlenrevier Dombrowa z. B. sind viele kommunistische Gewerkschaftsfamilien zum gelben nationalen Arbeiterverbande übergetreten, ebenso in Lodz, wo die gelbe nationale Arbeiterpartei im schnellen Wachstum begriffen ist.

Die angenommenen Entschlüsse fordern die Arbeiterklasse auf, den Kampf um eine neue Gesellschaftsordnung mit aller Energie zu führen und sich die führende Rolle im Wirtschafts-

leben durch rastlose Schulung und Aufklärung vorzubereiten. Weiter verlangt der Kongreß stufenweisen Abbau der Kapitalmacht zugunsten der Arbeiterklasse durch Einführung der Betriebsräte, Wort-, Versammlungs- und Streikfreiheit, kurzfristige Tarifverträge, gleitende Löhne, Arbeitsnachweise unter Führung der Arbeiter, Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen, wirksamen Arbeiterschutz, Arbeitsverbot für Jugendliche beiderlei Geschlechts bis zu 16 Jahren, stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit, Zwangsurlaub, soziale Versicherung auf Staatskosten. Um diesen Forderungen Geltung zu verschaffen, sei ein lückenloser Zusammenschluß des gesamten Proletariats notwendig, was erreicht werden kann durch starke Industrieverbände auf zentraler Grundlage. Diese Verbände dürfen aber nicht als Unterstützungsvereine angesehen werden, sondern als reine Kampforganisationen. Darum müsse vor allem der Kampffonds gestärkt und aufgefüllt werden.

Nach einer Statistik des Arbeitsministeriums sind in Polen 947 000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Davon gehören nur 59 v. H. den freien Gewerkschaften an mit Einschluß von 92 000 jüdischen Arbeitern, die wiederum in drei Richtungen zersplittert sind. Von der Gesamtzahl der Organisierten entfallen auf die freien Verbände: in Galizien 85 v. H., in Kongreßpolen 76 v. H., in Posen nur 8,4 v. H.

An der Spitze der freien Gewerkschaften marschiert der Landarbeiterverband mit 150 000 Mitgliedern. Dann folgen die Eisenbahner mit 90 000, die Bergarbeiter mit 60 000, die Metallarbeiter mit 50 000, die Textilarbeiter mit 49 000, die Bauarbeiter mit 20 000, die Arbeiter der chemischen Industrie mit 12 000, die Lederarbeiter mit 11 000 Mitgliedern. Alle anderen Verbände zählen unter 10 000 Mitgliedern. Im preußischen Teilgebiet, wo die gelben nationalen Organisationen unter Führung der polnischen Berufsvereinigung vorherrschen und noch dem Klerus und der reaktionären Nationaldemokratie Gefolgschaft leisten, gewinnen die freien Gewerkschaften immer mehr an Boden. In den letzten Monaten sind dort annähernd 20 000 Mitglieder der Berufsvereinigung zum freien Landarbeiterverband übergetreten. Das Klassenbewußtsein erweitert und vertieft sich zusehends auch in Preußisch-Polen.

Auf dem Gebiete der Gesetzgebung sind bisher folgende Erfolge zu buchen: die 46stündige Arbeitswoche, ein völlig demokratisches Wahlrecht, Gleichberechtigung der Frauen, Fabrik- und Grubenkomitees mit dem Recht der Arbeiter zur Kontrolle der Produktion, Kranken- und Unfallversicherung, endlich eine Agrarreform, die u. a. den zulässigen Landbesitz auf 300 Hektar begrenzt.

Die nationalen Arbeiterverbände, die ihren Aufstieg vorwiegend der jetzt üppig gedeihenden nationalen Phrase zu verdanken haben, suchen sich ebenfalls zu zentralisieren. Verschiedene nationale Verbände Kongreßpolens haben sich bereits mit der polnischen Berufsvereinigung vereinigt, die ihren Sitz in Posen hat, ihren Mitgliederstamm aber in Oberschlesien und Rheinland-Westfalen besitzt. Außerdem bestehen noch christliche Arbeitervereine, die unseren katholischen Fachabteilungen gleichzustellen sind; sie sind aber völlig bedeutungslos.

Die freien Gewerkschaften Polens haben noch ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden, bis es gelingt, die indifferenten noch unter Klerikal-nationalistischem Einfluß stehenden Arbeitermassen aufzurütteln und zu proletarischem Denken zu erziehen.

Bermischtes.

Die sozialen Folgen des Krieges. Die Gesellschaft für das Studium der sozialen Folgen des Krieges hat jetzt in Kopenhagen ihren 6. Bericht herausgegeben. Danach beträgt die Zahl der Kriegesgefallenen in allen europäischen Ländern 12 Millionen. Davon entfallen auf Deutschland 2 Millionen. Rechnet man den Geburtenausfall und die Sterblichkeitszunahme hinzu, so ergibt sich für Europa allein ein Gesamtausfall von 35 Millionen Menschen! In Deutschland machen die Gefallenen 3 Proz. der Bevölkerungszahl aus, im siegreichen Frankreich gar 3,5 Proz. In ebenfalls zu den Siegreichen gehörenden Serbien machen die Gefallenen sogar 14,8 Proz. der Gesamtbevölkerung aus. So ist das Proletariat in allen Ländern hingeschlachtet worden. Das beweist, wie notwendig einerseits eine soziale Gestaltung des Lebens zum Wiederaufleben der Volkskraft ist, wie aber andererseits das ganze internationale Proletariat in gleicher Weise an einer gefunden sozialen Entfaltung interessiert ist.

Miete und Kindersterblichkeit. Dr. Seiffert bringt in seiner Arbeit über das Kleinkind und seine gesundheitliche Fürsorge eine Tabelle des bekannten Städtestatistikers Neefe, wonach in Breslau starben auf 1000 Einwohner von den Mietsstufen 150 M. bis 300 M.: im Alter bis zu 2 Jahren 565, von 2 bis 5 Jahren 53 und von 5 bis 15 Jahren 36 Kinder. Dagegen starben in der Mietsstufe von 300 bis 700 M. 322, 56 und 40 Kinder (in den

genannten Klassen), und von der Mietstufe 750 bis 1500 M. sogar nur 236, 51 und 47 Kinder. Dieser Unterschied in den Mietstufen ist letzten Endes ein Unterschied in den Einkommensverhältnissen, so daß man sagen kann, daß das Leben des jüngsten Proletariats in enger Weise mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter zusammenhängt.

Entlassungen wegen Betriebseinschränkungen. Der Berliner Demobilisierungskommissar Dr. Ing. Kantorowicz hat erneut entschieden, daß solche Entlassungen auf Grund § 12 der Verordnung vom 3. September 1919 nur dann erfolgen dürfen, wenn die Arbeitszeit bis auf 24 Stunden die Woche gekürzt ist.

Eine Protestaktion der baugewerblichen Arbeiterverbände.

Gegen die Wohnungsnot, für die Sozialisierung hat der Deutsche Bauarbeiterverband eine planmäßige Aktion eingeleitet. Die Bauarbeiterschaft ganz Deutschlands — einschließlich der technischen Angestellten und Beamten, der Bauführer und Architekten — soll am 1. Juli dieses Jahres Protestversammlungen veranstalten und dazu auch die Mietervereine, Siedlervereine sowie alles, was sich sonst für die Förderung des Wohnungsbaues und die Sozialisierung des Baugewerbes interessiert, einladen. Diese Versammlungen sollen Stellung nehmen zur herrschenden Wohnungsnot; sie sollen protestieren gegen den Baustoff- und Bodenwucher und von Regierungen und Parlamenten die Inangriffnahme der Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens fordern. In allen Versammlungen soll eine gleichlautende Entschließung angenommen werden, die später den maßgebenden Stellen im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden unterbreitet werden soll. Der Zentralvorstand des Zimmererverbandes hatte, nachdem er schriftlich von der beabsichtigten Aktion des Deutschen Bauarbeiterverbandes Kenntnis erhalten, beschlossen, ihr seine Unterstützung zu leihen. Der erwähnte Aufruf stellt im einzelnen folgende Forderungen auf:

1. Rücksichtslose Erfassung des verfügbaren Wohnraumes unter Mitwirkung der wohnungslosen Mieter.
2. Beseitigung des privatkapitalistischen Wohnungswuchers durch Ueberführung des Besitzrechts der Miethäuser in die gemeinwirtschaftliche Hand von Heimstätten und Heimstättenverbänden.
3. Schärfste Bekämpfung des Baustoffwuchers. Verbot des Abbruches von Baustoffbetrieben. Ausbau des Beschlagnahmerechts an Baustoffen aller Art.
4. Sozialisierung der Zement- und Kalkindustrie und weitestgehende Unterstützung der von der deutschen Bauarbeiterschaft eingeleiteten Sozialisierung der Baubetriebe.
5. Ueberführung des Besitzrechts am Boden in die öffentliche Hand. Belastung des Bodens mit der Grundpflicht intensivsten Anbaues zur Hebung unserer Lebensmittelerzeugung.
6. Tatkräftige Unterstützung der bestehenden gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften mit Land, Baustoffen und Kapital zur Förderung von Heimstätten mit Gärten.
7. Sicherung und Erweiterung der bestehenden Laubenkolonien und Kleingärten für landlose Wohnungen.

Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung.

Nachdem in der Invaliditäts- und Altersversicherung zweimal der Geldentwertung Rechnung getragen worden ist durch Gewährung von Zulagen zu den Invaliden-, Alters-, Witwen- und Witwerrenten, ist nun durch ein Gesetz über Abänderung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung vom 20. Mai 1920 eine Neuregelung der Zulagen erfolgt.

Danach erhalten alle Personen, die auf Grund der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung eine Invaliden-, Alters- oder Hinterbliebenenrente beziehen, eine Zulage zu ihrer Rente. Ausgeschlossen davon sind:

1. Personen, die auf Grund des Gesetzes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung (Reichsversorgungsgesetz) eine Rente für Minderung ihrer Erwerbsfähigkeit von mehr als zwei Drittel oder eine Hinterbliebenenrente beziehen,
2. Ausländer, die in Auslande aufhalten,
3. die im § 13 Abs. 2 Satz 2, § 1276 Abs. 1 Satz 2, §§ 1277, 1531, 1536, 1541, 1544 R.-B.-O. bezeichneten Gemeinden, Ortschaften, Arbeiterverbände, Berufsträger usw.

Die Zulage beträgt ab 1. Juli 1920 für Empfänger einer Invaliden- oder Altersrente monatlich 30 M., für Empfänger einer Witwen- oder Witwerrente monatlich 15 M., für Empfänger einer Hinterbliebenenrente monatlich 10 M. Die Erhöhung gegen die bisherigen Zulagen beträgt bei der Invaliden- oder Altersrente 10 M., bei der Witwen- oder Witwerrente 5 M., während für Hinterbliebenen bisher keine Zulage gezahlt wurde.

Die Zulage wird in vollem Betrage gezahlt, auch wenn Empfänger nur einen Bruchteil der Rente erhält. Sie fällt weg, wenn der Anspruch auf die Rente zum vollen Betrage ruht oder wegfällt. Die Auszahlung der Zulage erfolgt wie bisher monatlich im voraus.

Ab 1. August tritt eine Beitragserhöhung ein. Zu dem hat der § 1392 R.-B.-O. folgende Fassung erhalten:

Bis auf weiteres wird als Wochenbeitrag erhoben:

in Lohnklasse	I	90 Pf.
"	II	100 "
"	III	110 "
"	IV	120 "
"	V	140 "

Die Verordnung über die Gewährung von Zulagen zu Renten aus der Invalidenversicherung vom 21. August 1919 tritt am 30. Juni 1920 außer Kraft. Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente, die nach Maßgabe jener Verordnung eine Zulage erhalten, ohne zum Bezüge der Zulage nach Maßgabe dieses Gesetzes berechtigt zu sein, beziehen ihre Zulage bis zum 31. Dezember 1920 weiter.

Für die Zeit nach dem 1. August 1920 dürfen alte Marken nicht mehr verwendet werden. Ungültig gewordene Marken können binnen zwei Jahren nach Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer bei den Markenverkaufsstellen gegen gültige Marken im gleichen Wert umgetauscht werden.

Das Arbeitsrecht an den Hochschulen.

Der Ausschuss zur Ausarbeitung des Entwurfs eines Arbeitsgesetzbuches hat in seiner Beratung einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Der beim Reichsarbeitsministerium errichtete Ausschuss zur Vorbereitung des im Artikel 157 der Reichsverfassung in Aussicht gestellten einheitlichen Arbeitsrechts empfindet mit lebhaftem Bedauern, welche geringe Rolle das Arbeitsrecht an den Hochschulen spielt, und empfiehlt dringend, daß

in den rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultäten aller Universitäten das Arbeitsrecht in den Lehrplan aufgenommen wird, auch an den technischen und Handelshochschulen Vorlesungen über dieses wichtige Rechtsgebiet eingerichtet werden,

in den Seminarübungen und bei der Vorbereitung von Dissertationen die Studenten auf geeignete Fragen des Arbeitsrechts hingewiesen werden,

das Arbeitsrecht auch zum Prüfungsgegenstande gemacht wird.“

Verbandszugehörigkeit Erfordernis für Rechtsanspruch auf Tariflöhne. Die Frage, ob Nichtorganisierte ein Anrecht auf durch die Organisationen geschaffenen Tariflöhne haben, ist bisher in Arbeiterkreisen verschieden beurteilt worden. Eine am 31. Mai beim Gewerbegericht Nürnberg stattgefundene Verhandlung dürfte darüber Klarheit bringen. Ein Wagnergehilfe klagte gegen seinen Meister auf Nachzahlung des zu wenig ausbezahlten Tariflohnes für die Zeit vom Juli 1919 bis Mai 1920. Der vertretende Gewerberichter stellte bei der Verhandlung an den Kläger die Frage, wie lange er (Kläger) beim Verband, der die Tariflöhne geschaffen hat, sei, denn die Zeit, in welcher Kläger nicht im Verband war, scheidet für die Bezahlung des Tariflohnes ohne weiteres aus. Die Klagesumme lautete auf rund 2000 M., der Gewerberichter schlug mit Rücksicht auf die kurze Verbandszugehörigkeit des Klägers im Vergleichswege auch tatsächlich 300 M. vor. Mit 250 M. wurde dann der Vergleich abgeschlossen.

Wenn nun auch die Sache durch Vergleich beendet wurde, so dürfte doch die ausgesprochene Ansicht des Gewerberichters in einem Urteil kaum anders gelautet haben. Die Rechtslage ist, daß diejenigen Arbeitnehmer, die dem Verband nicht angehören, keinen Anspruch auf tariflich festgelegte Löhne und Zulagen haben. Diese Tatsache dürfte wohl allen Arbeitern und Arbeiterinnen klar geben, sich unbedingt der für sie zuständigen Organisation anzuschließen.

Versammlungsberichte.

Grünstadt. Zu dem Versammlungsbericht in Nr. 2 „Ameise“ haben wir noch folgendes hinzuzufügen:

Nachdem der Antrag Grünstadt auf Versetzung Grünstadt-Kneleinnigen von Lohnklasse 2b nach 2a durch das Gauarbeitsrat abgelehnt worden ist, weilten am 14. und 15. Juni unser Leiter, Kollege Zahn, sowie der Gauleiter des Arbeitgeberverbandes hier, um die bestehenden Verhältnisse zu prüfen. Nach dreistündiger Beratung kamen unser Gauleiter Zahn sowie der Vertreter des Arbeitgeberverbandes und die beiden Firmen zu der Ueberzeugung, die von den Arbeitern in ihrem Antrag geschilderte Lohnerhöhung Wahrheit besteht und der Antrag auf Versetzung nach Lohnklasse

die berechnete Forderung war und ist. Hier konnte Herr Jakoby nicht, wie er es in Bonn getan hat, mit Unwahrheiten laborieren, sondern hier mußte er in Gegenwart seiner Arbeiter die Wahrheit sagen und hat sich damit ein trauriges Zeugnis ausgestellt; denn jeder hat er in Bonn unsere wahrheitsgetreuen Begründungen als unwahr hingestellt, als daß er seinen Arbeitern den zum Leben notwendigen Lohn gibt. Die beiden Firmen erklärten sich bereit, nach Lohnklasse 2a zu zahlen, nur sind sie der Ansicht, daß auch die übrigen lohnklassen Betriebe in die Lohnklasse 2a versetzt werden müßten. Das ist aber unsere Sache nicht; für uns ist die Hauptsache, daß die Forderung von Seiten der Firmen anerkannt worden ist, wir haben unseren Antrag mit bester Hoffnung dem Oberschiedsamt in Berlin zur Entscheidung vorlegen können. An dieser Stelle sagen wir auch unserem Gauleiter Jahn unseren wärmsten Dank; möge er sich recht bald wieder bei uns sehen lassen. Den Vorstand bitten wir, sobald das notwendige Material, welches ihm Kollege Jahn zukommen läßt, in seinen Händen ist, unsere Angelegenheit auf schnellstem Wege dem Oberschiedsamt in Berlin zur Entscheidung vorzulegen. Die Rückzahlung des uns entstandenen Lohnausfalls hat selbstverständlich vom Tage an, an welchem unser Antrag gestellt worden ist, zu erfolgen.

Königsplatz. Am 10. Juni hielt die hiesige Zahlstelle eine gut besuchte Versammlung ab. Als Referent war der Lokalangestellte von Schmiedeberg, Kollege Otto Kretschmann, erschienen, der über das Betriebsrätegesetz und die Rechte und Pflichten der Betriebsräte in einer fast 2stündigen Rede sprach. Er verstand es, die Aufmerksamkeit der Versammlung durch seine Ausführungen bis zuletzt zu fesseln. Redner schildert zuerst in kurzen Ausführungen die Vorkämpfer der Betriebsräte, die Funktionäre der Gewerkschaften in den verflochtenen Jahrzehnten, die von Fabrik zu Fabrik gehegt wurden, die Einführung der Arbeiterausschüsse, welche aber nicht gesetzlich obligatorisch eingeführt waren. Die Bergwerke waren die ersten, die gesetzlich gezwungen waren, Vertrauensleute der Belegschaft einzuführen, die sogenannten Sicherheitsmänner, die bei den Gefahren des Bergbaues für den Schutz der Arbeiter zu sorgen hatten. Redner kommt dann auf das verlorene Hilfsdienstgesetz zu sprechen, das für alle Betriebe und Industrien über 50 Beschäftigte die Arbeiterausschüsse zwangsweise einführt. Aber diese Arbeiterausschüsse hatten in der Praxis wenig zu bedeuten; in der Vorkriegszeit wurden ihre Wünsche „wohlwollend“ entgegengenommen und geprüft, der Arbeitgeber sorgte, daß ihre Wünsche nicht zu weit gingen, lästige Vertreter wurden gemäßregelt, so also unschädlich gemacht, zum warnenden Beispiel für die Nachfolger. Während der Kriegszeit drohte allen energischen Vertretern der Arbeiterschaft der Schützengraben und die selbstgraue Kluft. „Erst nach dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands konnten die Arbeiter energischer in den Betrieben die Arbeiterschaft vertreten und nach schweren wirtschaftlichen Kämpfen nach und nach in den Betrieben ihre Rechte erstreiten und erweitern. Es kam die Notverordnung vom 23. Dezember 1918 über Tarifgemeinschaften, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, die eine Regelung der Arbeiterausschüsse vornahm. Trotzdem gingen die Kämpfe für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben weiter, und die Regierung mußte zur Erhaltung des Wirtschaftsfriedens den Arbeitern Versprechungen machen, daß die Betriebsräte in einem zu erlassenden Gesetz das Mitbestimmungsrecht zugesichert erhielten. Das Resultat ist nun das am 4. Februar 1920 in Kraft getretene Betriebsrätegesetz. Redner führte aus, daß das Betriebsrätegesetz uns nicht befriedigen kann, und sieht dasselbe nur als eine Grundlage an, auf welches die Arbeiter und Angestellten in Zukunft ihre Rechte aufbauen und erweitern können. Die wenigen Rechte, welche uns durch das Gesetz geboten, müssen aber von den Betriebsräten voll zur Durchführung gebracht werden. Das B.-R.-G. legt den Betriebsräten Pflichten auf; es sollen dieselben für einen möglichst hohen Stand der Betriebsleistungen Sorge tragen. Es wäre aber verfehlt, wenn die Betriebsräte nun lediglich für diesen Zweck ihre Tätigkeit ausüben, sich nur als Kontrollorgan der eigenen Klassengenossen einspannen und so dem Arbeitgeber einen Anfeindungs- und Antreiber ersetzen würden. Die Aufgabe muß bleiben, den Arbeitern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln, die Unfallverhütungsvorschriften und hygienische Forderungen zur Durchführung zu bringen. Weil die Lohnverhältnisse zum größten Teile tariflich geregelt, müssen die Betriebsräte die Durchführung des Tarifes dauernd überwachen. Das B.-R.-G. hat leider noch immer eine gewisse „gewollte“ Trennung der Kopf- und Handarbeiter vollzogen, welche Referent bedauert. Nur durch das innige Zusammenarbeiten der Arbeiter und Angestellten würde eine Macht geschaffen, welche im Interesse der gesamten Arbeitnehmerschaft im vollen Sinne die Rechte der Betriebsräte ausüben könnte. Die Angestellten sind die intimsten Kenner des Betriebes, sie sind immer als die berufenen Hüter des Betriebsheimnisses angesehen worden. Dieses Betriebsheimnis ist aber zum größten Teil ein „Profitheimnis“, welches beileibe nicht zur Kenntnis der Belegschaft kommen sollte. Das Betriebsrätegesetz verlangt nun alljährlich eine gewisse Bilanzlegung der größeren Betriebe, damit die gesamten Arbeitnehmer von der Rentabilität des Betriebes unterrichtet sind und ihre wirtschaftlichen Ansprüche anpassen können. Ferner ist der Arbeitgeber durch das B.-R.-G. gehalten, alle Vierteljahre einen Bericht über den Stand des Unternehmens, über Aufträge und Rohmaterialien, sowie einen Ausblick für die nächste Zeit seinem Betriebsrat zu geben. Redner wünscht, daß hiervon weitestgehend Gebrauch gemacht wird, um die Belegschaft vor unangenehme Überraschungen im Produktionsprozeß zu schützen. Die Bescheidung des Aufsichtsrats durch ein oder zwei Vertreter des Betriebsrats ist eine spezielle Kenntnis des Betriebes, sowie auch kaufmännische Kenntnisse voraus. In allen diesen Fällen wird nur etwas Praktisches zu erreichen sein, wenn die Angestellten mitwirken und den Arbeitern in den verschiedenen Abteilungen und Nachführungen aufklärende Belehrungen und Auskünfte erteilen. Redner schildert ferner die Rechte des Betriebsrates bei Einstellungen und Entlassungen, daß die zugestandenen Rechte nicht für genügend an und fordert die Betriebsräte auf, bei den im Einverständnis mit dem Arbeitgeber stehenden Sachlinien bei Einstellungen und Entlassungen möglichst dafür Sorge zu tragen, daß sich die Betriebsräte hier ein Mit-

bestimmungsrecht sichern, da ihnen in beiden Fällen nach dem Betriebsrätegesetz nur lediglich ein Einspruchsrecht zusteht.

Redner erläutert an praktischen Beispielen, wie der Betriebsrat zum Segen der Arbeiterschaft wirken kann, geht auf die Schutzbestimmungen ein, welche dem Betriebsrat bei der Ausführung seiner Funktionen durch das B.-R.-G. zugesichert werden, kommt auf die gesamte Geschäftsführung des Betriebsrats zu sprechen, über Einrichtung von Sprechstunden, Verfügungstellung eines geeigneten Raumes, Erstattung des Unternehmers für die Kosten in sachlicher Beziehung, keine Gehalts- oder Lohnkürzung für die Ausübung der Tätigkeit der Betriebsräte, Gewährung von Aufwandsentschädigung für besondere Missionen, Reisegeld und Fahrtkosten, und behandelt dann die Schweigepflicht der Arbeiter bei vertraulichen Mitteilungen in Betriebsangelegenheiten. Referent geht dann noch erklärend auf die im B.-R.-G. vorgesehenen Strafen für Betriebsräte und Arbeitgeber ein und weist darauf hin, daß bei unehrlichen Motiven event. auch auf Freiheitsstrafe erkannt werden kann. Zum Schluß fordert Redner die Versammelten auf, den Betriebsrat nicht als schwierige und nicht besonders angenehme Amt durch Quertreibereien zu erschweren, sondern in voller Einmütigkeit und Geschlossenheit in allen Angelegenheiten hinter den Betriebsräten zu stehen, die durch das Vertrauen der Gesamtheit auf ihren Posten berufen werden. Mörgeln und Herunterreißen dient nicht der Sache. Ist jemand nicht geeignet, dann fort mit ihm, aber solange er das Amt bekleidet, völlige Rückendeckung des Betriebsrats durch die Belegschaft.

Referent kommt anschließend auf die allgemeine Wirtschaftslage zu sprechen, zeigt den Versammelten an einigen Beispielen, wie die Arbeitgeber mit Riesengewinnen während des Krieges und nach der Revolution infolge des niedrigen Standes unserer Valuta gearbeitet, und wie nun plötzlich eine allgemeine Wirtschaftskrise einzufallen droht. Das Widersinnige der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung käme in dieser Zeit recht kraß zum Durchbruch. Während die ganze deutsche Arbeiterschaft bis tief hinein in die bürgerlichen Gesellschaftsschichten an einem „Warenhunger“ leidet, lassen die Industriellen verkürzt arbeiten oder schließen völlig die Fabriksporten. Die Arbeitgeber haben am 20. Mai beschlossen, weitere Lohn- und Gehaltsforderungen strikte abzulehnen und an den Abbau der Löhne heranzugehen. Redner ist der Auffassung, daß dieses grundverkehrt wäre. Die Arbeiter sind mit ihren Lohnforderungen stets den Verhältnissen nachgehinkt; wenn ein neues Lohnabkommen geschlossen, waren die wirtschaftlichen Steigerungen der Nahrungsmittel und Bedarfsartikel soweit vorgeschritten, daß die neuen Löhne durch die Teuerung überholt waren. Von einem Abbau der Teuerung können wir hier in den kleinen Industriestädten nichts merken, sondern müssen noch steigende Teuerung feststellen. Wenn auch die Lebensmittel sich nach abwärts bewegen sollten, so müßte man vorläufig den Lohn bestehen lassen, damit die große Masse konsumfähig wird und ihren Bedarf an allen notwendigen Kleidungs- und Bedarfsartikeln endlich einmal decken kann. Nur so brauchte man nicht die Arbeitszeit beschränken, Fabriken zu schließen, während buchstäblich das gesamte deutsche Volk nichts „in und auf dem Leibe hat“.

Die wirtschaftlichen Kämpfe werden stärker und schwieriger zur Erhaltung der Löhne werden, als wie bei den bis jetzt erfolgten Lohnerhöhungen, darum fordert Referent auf, treu und fest zum Porzellanarbeiterverband zu halten. Nur die einige, geschlossene Gewerkschaftsbewegung ist imstande, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu stärken und auch den Kampf gegen den Privatkapitalismus als einige Körperkraft der Arbeiter zu führen. Mehr denn je ist eine starke Organisation in einer Wirtschaftskrise erforderlich. Darum haltet Treue zum Verband, dann werden wir auch in einer wirtschaftlichen Krise unsere Positionen besetzen! Reicher Beifall lohnte den Referenten für seine Ausführungen.

Hierauf gab ein Kollege den Bericht von einer am vorigen Freitag stattgefundenen Vertrauensmännerkonferenz, an welcher sich der Gauleiter, Kollege Hirsch, beteiligte. Die Lohnerhöhung von 10 und 15 Proz. wurde allseitig als zu gering bezeichnet, trotzdem erklärte sich die Versammlung damit einverstanden und erkennt allgemein den guten Willen der beteiligten Kollegen bei der Verhandlungskommission an. Zur Frage der Beitragserhöhung, welche vom Kollegen Gauleiter Hirsch angedeutet wurde, meinte ein Redner, daß der Vorstand zu lange gezögert und dadurch die Zeit verpaßt hätte. Jetzt käme der Steuerabzug, die Erhöhung der Krankentassenbeiträge, und zuletzt die Verbandsbeiträge. Redner wünschte, daß es umgekehrt der Fall sein möchte.

Nach Erledigung einiger Zahlstellenangelegenheiten, welche die Allgemeinheit nicht interessieren, schloß der Vorsitzende die äußerst interessant verlaufene Versammlung.

Musiken. Die Versammlung vom 8. Juni, die gut besucht war, befaßte sich mit der Stellungnahme zum neuen Lohnabkommen bezw. mit dem Antrag auf Versetzung in die Ortsklasse 2a. Die Versammlung protestierte energisch gegen das neue Lohnabkommen, denn ein Lohnzuschlag von 10 Proz. steht nicht im mindesten im Vergleich mit der in letzter Zeit rapiden Steigerung aller notwendigen Lebensmittel. Es wurde beantragt, 30 Proz. zu fordern, und falls die 30 Proz. nicht bewilligt werden, soll ein Antrag an das Oberschiedsamt zwecks Versetzung aus Ortsklasse 2b in Ortsklasse 2a gestellt werden. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, und dem Betriebsrat zur Erledigung übergeben. Kollege König bemerkte noch dazu, daß in allen anderen Betrieben in hiesiger Gegend durchweg höhere Löhne gezahlt würden. Unser Beruf, der doch ein gesundheitsgefährlicher ist, müßte dementsprechend auch besser bezahlt werden, damit dem Körper die notwendigen Kräfte durch ausreichende Nahrungsmittel wieder zugeführt werden können. Ferner soll der Betriebsrat dafür sorgen, daß diejenigen Kollegen, die eine dreijährige Lehrzeit durchgemacht haben, gleichviel, welchen Berufes, nach 4-jähriger Beschäftigung den Facharbeiterlohn erhalten. Unter Punkt 5 schilderte Kollege Rose den Fall des Fabrikmüllers König, wie er von dem Betriebsrat mit der Betriebsleitung besprochen wurde. Er empfiehlt den Kollegen, die größte Verschwiegenheit zu bewahren, damit König nicht alles erfährt, was in der Versammlung gesprochen wird, wie es bisher der Fall war. Zum Schluß gab der Vorsitzende noch Aufschluß zu dem am

29. August stattfindenden Gewerkschaftsfest, wozu Kollege Rose noch einige erläuternde Ausführungen machte.

Waldburg. Versammlung vom 3. Juni. Auf der Tagesordnung stand der Bericht über das neue Lohnabkommen und Verschiedenes. Gauleiter Hirsch erhielt zu Punkt 1 das Wort. Er erklärte, daß trotz des geringen Prozentsatzes der neuen Lohnerhöhung die Organisation wiederum gegen die Unternehmer einen Erfolg gehabt hat. Er gab anschließend die neue prozentuale Lohnerhöhung von 10 Proz. bekannt. Eingehend erstattete Gauleiter Hirsch Bericht über die Verhandlungen in Berlin. Die heutigen schwierigen Wirtschaftsverhältnisse trugen einen großen Teil dazu bei, daß das Lohnabkommen nicht besser ausfiel; ja, die Unternehmer sprachen sogar von Lohnabbau, trotzdem die Porzellanarbeiterlöhne noch bedeutend hinter den Löhnen der Bergarbeiter zurück sind. Sehr anschaulich schilderte Gauleiter Hirsch die schwierige wirtschaftliche Lage in der Porzellangebrauchs-geschirrabindustrie, sowie der Luxus-, Isolator-, Steingut- und Spül-warenindustrie. Die allgemeine Krise steht nicht nur in unserem Be-rufe hervor, sondern auch in allen anderen Berufsgruppen. Nach den fast einstündigen interessanten Ausführungen schloß Gauleiter Hirsch seine Worte mit der Mahnung an die Mitglieder, treu zur Organi-sation zu stehen und in fraglichen Angelegenheiten sich stets an die Vertrauensmänner zu wenden. An der Diskussion beteiligte sich der Genosse Biffon. Er ersieht an den Gesichtern der Mitglieder, daß sie wohl etwas anderes erwartet haben, jedoch erfüllten ihn auch dieselben Anschauungen, wie Gauleiter Hirsch berichtete. Die Schraube der ständigen Lohnerhöhungen muß doch einmal ein Ende haben. Es muß der Abbau bei den Lebensmittelpreisen aber zuerst angefangen wer-den, denn unsere Löhne reichen nur zur Deckung unseres notdürftigsten Lebensunterhaltes aus. An Neuanschaffung von Kleidung ist nicht zu denken. Die weitere Diskussion entrollte dasselbe Bild. Hervor-gehoben wurde, daß die neue Erhöhung nicht zum vollen Erfolg auf-gebauscht wird, denn was andere Arbeiter schon lange haben, be-kommen die Porzellanarbeiter erst jetzt. Bemängelt wurde, daß der Tarif nicht schon am 1. April gekündigt wurde. — Auf Einladung zur Bannerweihe des Arbeiter-Turnvereins beschloß die Zahlstelle, an derselben teilzunehmen und wählte hierzu ein entsprechendes Komitee. Noch einmal bringt Genosse Wagner in Erwähnung den Verkauf der Jugendheim-Marken, ebenso die korrekte Weitergabe der Zirkulare. Nach Erledigung verschiedener Anfragen wird die Versammlung ge-schlossen. Zur bevorstehenden Reichstagswahl sprachen sich die Ge-nossen Biffon und Kleinert aus.

An die Zahlstellenassessorer!

Am 22. und 23. Juni wurde folgendes Material versandt.

1 Block Quittungsformulare für Erwerbslosenunterstützung im Arbeitslosigkeitsfalle.

1 Block Quittungsformulare für Erwerbslosenunterstützung im Krankheitsfalle.

1 Block Quittungsformulare für Maßregelungsunterstützung.

1 Block Quittungsformulare für Erwerbslosenunterstützung auf der Reise.

1 Block Quittungsformulare für Fahrgelder.

Diese Quittungsformulare sind ab 28. Juni d. J. im Bedarfs-falle zu verwenden. Ferner liegen diesen Formularen noch 2 Material-verzeichnisse bei.

Die bisher benutzten Formulare sind, soweit solche noch vorhan-den, zu vernichten. Ab 28. Juni fällt auch die im Gebrauch gewesene Krankmeldekarte weg.

Betreffs der Auszahlung von Erwerbslosenunterstützung ab 28. Juni mache ich nochmals auf die Bekanntmachung in Nr. 25 der „Ameise“ aufmerksam.

Aus dieser Bekanntmachung geht deutlich hervor, daß alle Mit-glieder, sofern sie 52 Wochen dem Verbands angehören und für 52 Wochen Beiträge geleistet haben, darunter 26 Wochen in der im neuen Statut festgesetzten Höhe, im nach dem 28. Juni eintretenden Unter-stützungsfalle die Unterstützung in der im neuen Statut festgesetzten Höhe und Dauer erhalten.

Dagegen erhalten alle anderen Mitglieder, die wohl insgesamt 52 Wochen Beiträge, aber noch keine 26 Wochen den seit dem 1. Ja-nuar d. J. geltenden Beitrag geleistet haben, im Unterstützungsfalle die Unterstützung in der im alten Statut festgesetzten Höhe und Dauer, ganz gleich, ob die Erwerbslosigkeit schon vor dem 28. Juni eingetreten ist oder nach diesem Datum eintritt.

Trotz Aufforderung

in Nr. 17 und 24 der „Ameise“ haben die Kassierer folgender Zahl-stellen den Empfang der Kartotheksteile immer noch nicht bestätigt:

Arzberg, Brambach, Coburg, Duisburg, Flörsheim a. M., Frankfurt a. M., Gersheim, Gotha, Gräfenenthal, Hirschau, Höchstädt, Karlsruhe, Kleinembach, Köpelsdorf, Kronach, Langenau, Mengers-gereuth, Rönchen, Renhans a. M., Nürnberg, Offenbach, Ohrdruf, Otsch, Osterode, Rothenbach, Preßig, Schönwald, Schwarzenberg, Schweidnitz, Steinwiesen, St. Georgen, Teitna, Volkstedt, Weißwasser, Wittenberg, Zwickau.

Ferner ersuche ich die Kassierer der Bezirke Gräfenenthal, Jülich, Köpelsdorf, Rönchen, Teitna, Volkstedt, Weißwasser, Wittenberg, Zwickau, sich mit den betreffenden Stellen zu einer Verwaltungsstelle zu-sammenschließen, um ab die betreffenden Zahlstellen ihre selbständige Verwaltung entgegen zu geben. Auch ersuche ich, mir die Selbst-leistungen der aufgelösten Zahlstellen zurückzugeben, weil weil ich diese für meine eigene gründende Zahlstellen notwendig gebrauche.

Will. Herden.

Adressen-Änderungen.

Höchst. Kassierer: Emil Schnabel, M., Schwarzenhammer; **Frankf.** Kassierer: Heinrich Rauh, Dr., Schwarzenhammer; **Offenbach.** Kassierer: Arthur Müller, M., Strohgasse 3; **Arzberg.** Kassierer: Christ. Eitwein, M., Danneberg 3.

Sterbetafel.

Hohenberg. Anna Röber, geb. Hüttner, geboren am 6. Juli 1890, gestorben am 29. Mai an der Grippe. Mitglied seit 1918.

Offenburg. Leopold Reutner, Maler, geboren am 14. Februar 1868 in Schönan (Pfalz), gestorben am 11. Juni an Herzleiden. In ihm verliert die Zahlstelle D. ihren lang-jährigen Kassierer, ein altes, treubewährtes Mitglied, das schon seit dem Jahre 1896 unserem Verbands angehörte. **Ehre ihrem Andenken!**

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Amberg. Montag, 5. Juli, abends 5 Uhr, „Auf der Alm“.

Annaburg. Sonnabend, den 17. Juli, abends 8 Uhr, im „Vereinshaus“, Thielemann, Kleiner Saal.

Arzberg. Samstag, den 10. Juli, abends 8 Uhr, im Kon-saale.

Gräfenenthal. Montag, 5. Juli, abends 8½ Uhr, im Schießhaus.

Hohenberg a. Eger. Sonnabend, den 3. Juli, abends 8 Uhr, im Gg. Kaiser. Referent: Kollege Erhard Mettsch aus Selb.

Magdeburg. Donnerstag, den 8. Juli, abends 7 Uhr, im gro-ßen Saale des „Wintergartens“, Friedrichsplatz.

Schlesingen. Montag, den 5. Juli, im Gasthaus „Zum Schießhaus“.

Tiefenfurt. Sonnabend, den 3. Juli, abends 8 Uhr, in der Brauerei.

Geschäfts-Anzeigen.

Für alle Goldabfälle, wie **Asche, Schmiere, Lappen, Flaschen usw.** zahle die **höchsten Preise.** Machen Sie einen Versuch und Sie werden mein Kunde bleiben.

H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, S.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Maßrührstäbe usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8 u.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für **Glanzgolds, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Substanzen** dieses Geschäft dieser Art.

Reelle u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldflaschen und alle in der Golderei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen schneller und reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtilm i. Th.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

solange ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Scheimer, Langewiesen bei Jlmann, Th.

Segeltuchschuhe mit Ledersohle und Zwickel, billigster Fabrikarbeiter Schuh! Hauspantoffel — Turnschuhe — Leinwand Schuhe, schick in weiß, grau und schwarz, weiße Kinderschuhe kaufen Sie billig bei A. Mehe, Weißwasser, O.-L., Schuhvertrieb.

— Verlangen Sie Preisliste. —

Ia Nordh. Rantabaf (Vereinigte Tabakwerke)

à Rolle 1,75 Mk., Versand von 10 Rollen ab. Ferner **Martial-Tabak**, rein Uebersee, in 50-Gramm-Paketten à 4,10 Mk., Versand 4 Paketten ab und Nachnahme (oder Vorkasse, portofrei). **Reelle Bedienung.**

Universal-Versand, Hermsdorf, S.-A. 1.

Offeriere hierdurch Bismarck-, Levantiner Schwämme zu 13, 18, 24 und 35 Mk. per Stück für Dreher, Glasur, Brenner, Druderei. Garnierungsschwämme von 1 bis 10 Mk. pro Stück, diese Zwecke auch geeignete Kesselschwämme, das Kilo 120 bis 200 Stk. enthaltend, 250 Mk. pro Kilo. Große, weiche Hardheadschwämme für Steingutfabriken, das Kilo etwa 35 Stück enthaltend, 350 Mk. pro Kilo. Große prima Elefantenhornen, das Kilo 650 Mk. pro Kilo. nur auf feste Vertrauensbestellung, nicht unter 600 Mk. Abgabe einzelner Schwämme als Muster oder Ansichtsendungen lehne höflich ab. Mit großen Fabrikleitungen event. besondere Vereinbarungen. **H. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Prenzlauerstr.**

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art

Exp.
1916
—
Kasse
Rechn.



Exp.
1916
—
Kasse
Rechn.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeitersekretion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.